



1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

1.1. Auszuführende Leistungen:

Die parallel zur Anliegerstraße Kniebreche verlaufende Schwergewichts-Natursteinstützwand im Stadtteil Koblenz-Niederberg weist auf gesamter Länge erhebliche Mängel auf, die die Tragfähigkeit des Bauwerks beeinträchtigen. Das vorhandene Bauwerk soll durch den Neubau einer Stützmauer in Spundbohlenbauweise ohne Rückverankerung mit einem Stahlbetonbalken als Abschluss mit einem aufgesetzten 1,30 m hohen Füllstabgeländer ersetzt werden. Der Neubau wird auf einer Länge von ca. 30,00 m errichtet. Der entstehende Raum zwischen Spundbohlen und Bestandsstützmauer wird mit Ortbeton verfüllt. Das Tiefbauamt der Stadtverwaltung Koblenz beabsichtigt die Bauarbeiten von September 2026 bis August 2027 ausführen zu lassen.

Es wird dem Bieter empfohlen, sich vor Abgabe seines Angebotes über alle örtlichen Verhältnisse, die für die Ausführung der Bauleistung und für die Preisermittlung bedeutsam sein können, zu unterrichten und sich genaue Kenntnisse über Umfang und Schwierigkeitsgrad der durchzuführenden Arbeiten zu verschaffen. Zweifelsfragen sind vor Angebotsabgabe mit dem AG zu klären.

Nachforderungen aus Unkenntnis der Örtlichkeiten, insbesondere der Topographie- und Verkehrsverhältnisse und der Zugänglichkeit sind ausgeschlossen. Der AN bestätigt mit Angebotsabgabe die hinreichende Kenntnis der Örtlichkeit.

Mit Abgabe seines Angebotes erkennt der AN ausdrücklich sowohl die Ausführbarkeit der Baumaßnahme als auch die vorgegebene Bauzeit verbindlich an.

Grundlagen für die Ausschreibung/Planung der Erneuerung waren Aufmaße des Bauwerks. Auf Grund von Maßabweichungen zwischen den vorhandenen Unterlagen können sich Abweichungen zwischen den Ausschreibungsunterlagen und der Örtlichkeit ergeben. Daher sind alle Abmessungen vorab bauseits zu kontrollieren und bei der Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigen. Diese Aufmaße sind zu protokollieren. Mehraufwendungen hierfür werden nicht gesondert vergütet.

Die Lieferung sämtlicher Materialien und Baustoffe ist, wenn nicht gesondert beschrieben, in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

1.1.1. Zweck und Nutzung

Das Bauwerk befindet sich unmittelbar hinter der Einfahrt in die Gemeindestraße Kniebreche und sichert den Geländesprung zum darunterliegenden Gelände des Eigenbetriebs EB 85, welches das Regenüberlaufbecken beinhaltet. Die Fahrbahnbreite hinter der Stützwand beträgt ca. 3,50 m. Für weitere Hauptknotenpunkte siehe dazu die zu den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Entwurfsplanung.



1.1.2. Art und Umfang (statisches System, Hauptabmessungen, Zwangspunkte)

Für die Erstellung des Neubaus ist eine Vollsperrung für den Kraftverkehr der Anliegerstraße Kniebreche grundsätzlich vorzunehmen. Fußgänger sowie Radfahrer sind an dem Baufeld vorbeizuführen. Weitere Einschränkungen wie z.B. resultierend aus dem ÖPNV gibt es keine. Eine entsprechende Umleitungsstrecke ist durch den AN nach Vorgaben der Straßenverkehrsbehörde vorzuhalten. Zusätzliche Informationen sind den beigelegten Entwurfsplanungsunterlagen zu entnehmen.

Die Baumaßnahmen beinhalten im Wesentlichen folgende Arbeiten:

- Erstellung von Ausführungszeichnungen und eines Standsicherungsnachweises sowie eines Bauzeitenplans,
- Erstellung von Verkehrszeichenpläne für die Vollsperrung und Umleitungsstrecken sowie Einholung der verkehrsrechtlichen Anordnung,
- Durchführung Beweissicherungsverfahren,
- Durchführung von Verkehrssicherungsmaßnahmen und Einrichten der Baustelle,
- Durchführung einer Kampfmittelsondierung
- Rückbau von Teilflächen der Bestandswand, des Maschendrahtzauns und der Fahrbahn
- Einbringung der Stahlspundbohlen
- Herstellung des Stahlbetonbalkens
- Einbau Asphaltbeton in Teilflächen
- Montage Füllstabgeländer und Maschendrahtzaun
- Baustelle räumen und Abbau der Vollsperrung inkl. Umleitungsstrecke

1.1.3. Erdarbeiten

- entfällt -

1.1.4. Gründung, Schutz gegen Aggressivität

- entfällt -

1.1.5. Unterbauten

- entfällt -

1.1.6. Überbau, Lager und Übergangskonstruktionen

- entfällt -

1.1.7. Entwässerung



Bauwerk:

In die Stahlspundbohlenstützwand sind sieben Entwässerungsöffnungen DN 50 einzubauen, die dafür erforderlichen Bohrungen sind waagrecht unter 2 % Gefälle bis in eine Tiefe von ca. 1,40 m hinter die Erdseite der Bestandsmauer herzustellen um anfallendes Hangwasser abzuleiten.

Freie Strecke:

Die Entwässerung der freien Strecke erfolgt über das vorhandene Längsgefälle in Verbindung mit einer einteiligen Entwässerungsrinne. In diese Rinne sind Straßeneinläufe integriert, die das Oberflächenwasser aufnehmen und ableiten.

1.1.8. Abdichtung, Beläge

- entfällt -

1.1.9. Ausstattung

Auf der gesamten Länge des Stahlbetonbalkens muss ein Füllstabgeländer gemäß RIZ ING Gel 4 mit im Handlauf integriertem Stahlseil auf Fußplatten gemäß RIZ ING Gel 14 montiert werden. Zusätzlich ist hinter dem Füllstabgeländer ein 2,00 m hoher Maschendrahtzaun auf Fußplatten zu installieren.

1.1.10. Sonderanlagen

- entfällt -

1.1.11. Korrosions- und Oberflächenschutz

Die Stahlspundbohlen und aller erforderlichen Verbindungselemente sind im Hinblick einer Korrosionsbelastung gemäß ZTV-Ing Teil 4 Stahlbau, Stahlverbundbau Abschnitt 3 Korrosionsschutz von Stahlbauten auszurüsten.

Die Beschichtung der neu zu fertigenden Geländerabschnitte erfolgt nach ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 3 Anhang A, Tabelle A4.3.2 Bauteil Nr. 3.1.b.1.

1.1.12. Anlagen und Einrichtung für Dritte

- entfällt -

1.1.13. Abbrucharbeiten

Der Maschendrahtzaun muss in einer Länge von ca. 35,00 m abgebaut werden.

Die Bestandswand muss ca. 30,0 cm bis unter die Straßenoberkante abgebrochen werden, der vorhandene Straßenbelag muss ebenfalls bis in eine Tiefe von ca. 15,0 cm aufgenommen werden. Alle weiteren Angaben sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

Die darin enthaltenen Verwertungsklassen sowie Abfallschlüssel sind für die Entsorgung oder Wiederverwertung des Rückbaugutes zu beachten.

Durch Abbruch-, Bohr- und Strahlarbeiten am Bauwerk entstehende Staubentwicklung, darf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und die Gesundheit der



Arbeiter nicht beeinträchtigen. Die Unfallverhütungsvorschrift „Strahlen“ ist zu berücksichtigen. Die erforderlichen Maßnahmen für den Arbeits-, Umwelt-, Sicherheits- und Gesundheitsschutz sind herzustellen, vorzuhalten, umzubauen, zu betreiben und wieder abzubauen. Die dafür anfallenden Kosten sind in die Einheitspreise der betreffenden Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Generell ist für die Abfallentsorgung das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu beachten und einzuhalten. Für alle Abbruch- und Bauarbeiten sind geeignete Schutz- und Arbeitsgerüste vorzusehen. Die Verkehrssicherheit neben und unter den Bauwerken darf nicht beeinträchtigt werden.

Bei den Abbrucharbeiten anfallende Baustoffe (Betonabbruch, Stahlquerschnitte usw.) werden vom AN ordnungsgemäß entsorgt oder zu einer Wiederverwendung aufbereitet. Bei den Strahlarbeiten ist das anfallende Strahlgut ordnungsgemäß zu entsorgen.

1.2. Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Ein SiGe-Koordinator wird vom Tiefbauamt der Stadt Koblenz beauftragt, zur Erstellung des SiGe-Plans und der Baustellenordnung wird die Zuarbeit des AN benötigt. Diese Leistungen sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert ausgewiesen.

1.3. Ausgeführte Vorarbeiten:

1.3.1. Kampfmittelbeseitigung

Im Vorfeld wurden keine Kampfmitteluntersuchungen durchgeführt. Die Sondierung ist für die Einbringung der Stahlspundbohlen erforderlich, entsprechende Positionen sind im Leistungsverzeichnis ausgewiesen.

1.4. Ausgeführte Leistungen:

- entfällt -

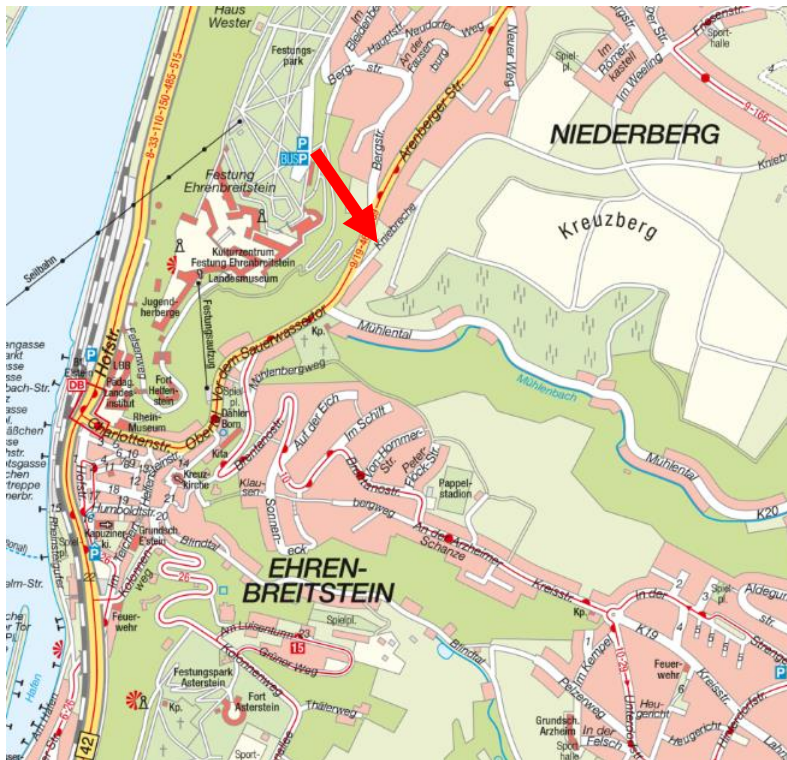
1.5. Gleichzeitig laufende Arbeiten:

Über gleichzeitig laufende Arbeiten hat der AG keine Kenntnis.



2. Angaben zur Baustelle

2.1. Lage der Baustelle:



Das Sützbauwerk sichert die auf dem Geländesprung verlaufende Anliegerstraße Kniebreche zum darunterliegenden Regenüberlaufbecken.

2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege:

2.2.1. Straße

Siehe Punkt 1.1

2.2.2. Schiene

- entfällt-

2.2.3. Wasser

- entfällt-

2.3. Zugänge, Zufahrten zur Baustelle

Es ist möglich das Bauwerk über die in Koblenz-Ehrenbreitstein gelegene "Vor dem Sauerwassertor" und "Arenberger Straße" ungehindert zu erreichen. Die Fläche des Regenüberlaufbeckens ist überfahrbar, sollte aber vorab vom AN auf ihre Tragfähigkeit bei schwereren Fahrzeugen überprüft werden.



2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- u. Entsorgungsleitung:

Die Versorgung der Baustelle mit Strom, Wasser, Telefon etc. obliegt dem Auftragnehmer, ebenso die ordnungsgemäße Entsorgung von Schmutzwasser. Über die Anschlussmöglichkeiten der Baustelle und der Baustelleneinrichtungsfläche an das Ver- und Entsorgungsnetz hat sich der AN selbst zu informieren. Vom AG können keine Anschlussmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Strom, Wasser und Telefon muss der AN über die zuständigen Versorgungsträger beantragen und mit diesen direkt verrechnen. Die Kosten sind in die OZ der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

2.5. Lager- und Arbeitsplätze:

Grundsätzlich ist der benötigte Flächenbedarf für die Baustelleneinrichtung, Lager- und Arbeitsplätze in Verbindung mit dem Geräte- und Maschineneinsatz sorgfältig zu planen und auf die örtlichen Verhältnisse abzustimmen.

Lager- und Arbeitsflächen können vom AG nur bedingt zur Verfügung gestellt werden. Das von der Vollsperrung betroffene Teilstrück der Gemeindestraße Kniebreche kann als BE-Fläche genutzt werden, wobei im Außenbereich des Baufeldes Radfahrer und Fußgänger vorbeizuführen sind.

Die zuvor genannten Fläche sind durch geeignete Maßnahmen vor Beschädigung zu schützen. Der Zustand der Flächen ist vor Einrichtung der Baustelle durch den AG zu dokumentieren.

Benötigt der AN weitere Flächen, so werden diese eigenverantwortlich vom AN auf dessen Kosten beschafft oder ihre Nutzung vereinbart. Für alle zur Benutzung vorgesehenen Flächen oder Wege sind durch den AN die erforderlichen Genehmigungen einzuholen, die für hier anfallende Kosten werden nicht gesondert vergütet.

Nach Bauende und Räumung der Baustelle sind die benutzten Flächen wieder in einen Zustand zu versetzen, der mindestens dem vor der Baumaßnahme entspricht.

2.6. Gewässer:

- entfällt -

2.7. Baugrundverhältnisse:

In den Aufschlüssen unter der Oberbodenüberdeckung wurde zunächst eine Auffüllung (Schicht 1) bis eine Tiefe von 4,00 m angetroffen. Darauf folgt eine Schicht aus Hanglehm (Schicht 2) von 4,00 m bis 5,20 m Tiefe. Ab den Tiefen von 5,20 m bis zur Endteufe von 7,00 m herrscht zersetzter Fels des devonischen Grundgebirges vor (Felzersatz, Schicht 3).

Für weitere Informationen siehe dazu in den Anlagen die die Erkundung Baugrundverhältnisse und Bauwerkssubstanz vom 30.10.2015 und die Erweiterung zur geotechnischen Machbarkeitsstudie vom 04.11.2021.



2.8. Seitenentnahmen und Ablagerungsstelle:

Alle nicht wieder verwertbaren Auf- und Abbruchmassen werden durch den AN entsorgt und entsprechenden Deponien zugeführt. Die Entsorgungsbescheinigungen sind dem AG vorzulegen. Die anfallenden Kosten der Entsorgung des gesamten Rückbaugutes sind in die entsprechenden Positionen im Leistungsverzeichnis mit einzurechnen. Die Beschaffung von eventuellen Ablagerungsflächen ist Sache des AN. Alle hierfür erforderlichen Genehmigungen und sonstige Bescheinigungen hat der AN zu beschaffen und dem AG zur Einsicht vorzulegen.

2.9. Schutzbereiche und -Objekte:

Der AN hat dafür zu sorgen, dass keine festen und flüssigen Abfallstoffe in die Umgebung gelangen und/oder in den Verkehrsraum fallen. Verschmutzungen auf öffentlichen Wegen infolge der Baumaßnahme sind umgehend auf Kosten des AN zu beseitigen.

Im Allgemeinen gelten die Immissions-, Gewässer- und Umweltschutzvorschriften. Das Bundesimmissionsschutzgesetz und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm sind uneingeschränkt zu beachten.

Die Baustelle grenzt an bewohnte Gebiete. Die Belästigung durch Geräusche der für die Bauarbeiten einzusetzenden Geräte, Maschinen, Transportfahrzeuge usw. ist so gering wie möglich zu halten. Es sind erschütterungs- und geräuscharme Geräte, Maschinen usw. einzusetzen. Alle eingesetzten Geräte müssen den Bestimmungen des Immissionsschutzes entsprechen. Staubbelästigungen sind durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden.

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitszeiten mit den zuständigen Behörden abgestimmt sind.

Auf die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit und Ruhepausen, Sonn- und Feiertagsarbeit, Nachtarbeit usw. wird hingewiesen. Entsprechende Sondergenehmigungen sind durch den AN einzuholen.

Alle Kosten dafür sind in die jeweiligen EP einzurechnen.

Für sämtliche im Zusammenhang mit der Baumaßnahme dort entstehenden Schäden sowie daraus resultierende Schadenersatzansprüche haftet der Auftragnehmer in vollem Umfang.

Die Kosten hierfür sind in die entsprechenden Positionen für die Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

2.10. Anlagen im Baubereich

2.10.1. Leitungen

Durch den AN müssen Leitungspläne vor Beginn der Arbeiten bei den entsprechenden Versorgern eingeholt werden. Im Leistungsverzeichnis ist hierzu eine Position enthalten. Im Bereich des Baufeldes sind zusätzlich noch Oberleitungen vorhanden.



2.10.2. Gleisanlagen

- entfällt -

2.10.3. Gebäude/Gebäudereste

Auf dem durch die Stützwand begrenzten Grundstück des Eigenbetriebs Stadtentwässerung EB 85, befindet sich das im Abstand von ca. 5,00 m parallel zur Stützwand verlaufende Regenrückhaltebecken Kniebreche. Die Decke des Regenüberlaufbeckens ist für eine Verkehrslast von SLW 60 bemessen. Das Regenüberlaufbecken und die an der Oberfläche sichtbaren Anbauteile sind bei allen Arbeiten vor Beschädigung zu schützen.

Der Einsatz der Ramme kann nur von der talseiteigen Ebene des Grundstücks des EB 85 vor der Bestandsstützwand erfolgen. Die Fläche muss vom AN für den Einsatz der Ramme vorbereitet werden. Das Rammen von der oberhalb der Bestandsmauer liegenden Straße ist wegen der verminderten Tragfähigkeit der Mauer nicht möglich. Das Vorbereiten sowie die Auswahl der Aufstellfläche der Ramme verbleibt nach Wahl des AN.

Ein auf dem Grundstück befindlicher Container muss für die Arbeiten umgesetzt werden. Die Baustelle befindet sich in einem Wohngebiet.

Für die zuvor erwähnten Sachverhalte befinden sich entsprechende Positionen in der Leistungsbeschreibung.

2.11. Öffentlicher Verkehr im Baubereich:

2.11.1. Straßenverkehr

- entfällt -

2.11.2. Schienenverkehr

- entfällt -

2.11.3. Schiffsverkehr

- entfällt -

3. Angaben zur Ausführung der Leistung:

siehe Punkt 1.1

3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Bei der Planung und Durchführung der Verkehrsführung ist auf eine genaue Abstimmung mit denen im Baufeld zur Werkserstellung nötigen Arbeiten penibel zu achten. Entsprechende Positionen der Verkehrsführung sind im Leistungsverzeichnis enthalten. Ein Entwurf der Verkehrsführung ist für kalkulatorische Zwecke in Anlage enthalten.



ten. Alle erforderlichen Maßnahmen zur Verkehrssicherung werden durch die Straßenverkehrsbehörde der Stadtverwaltung Koblenz festgelegt und sind mit dieser im Detail abzustimmen.

Für die Sicherung des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen sind die Bestimmungen der Straßengesetze (LStrG) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) maßgebend. Weiterhin sind die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen“ (RSA 21) und die „Zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten der Arbeitsstellen an Straßen“ (ZTV-SA 97) einzuhalten.

Der Arbeitsschutz ist nach den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A5.2) „Straßenbaustellen“ zwingend sicherzustellen.

Für die Durchführung der Verkehrsführung und –sicherung gilt folgendes:

- (a) Eigenmächtiges Eingreifen des AN in die Verkehrsführung ist untersagt. Bei allen Arbeiten während der Durchführung der Maßnahme darf durch den AN keine zusätzliche, außer für die Verkehrsführung unumgängliche Behinderung des Straßenverkehrs erfolgen.
- (b) Sämtliche Verkehrsabsicherungen für den Auf- und Abbau der einzelnen Leistungen, sowie die Kontrollfahrten, müssen nach ZTV-SA 97 ausgeführt werden. Etwaige Kosten sind in die entsprechenden Positionen mit einzukalkulieren.
- (c) Leitbaken, Leitkegel, Absperrtafeln, Warnleuchten, Leitelemente und transportable Schutzeinrichtungen müssen den gültigen „Technischen Lieferbedingungen“ entsprechen. Insbesondere wird hier nochmals auf Punkt 5.1 der TL Aufstellvorrichtung 97 bezüglich der Kennzeichnung der Standsicherheitsklassen hingewiesen.
- (d) Es ist ausschließlich Folie des Typs II (vollretroreflektierend) für die Verkehrsschilder, Baken und Absperrschranken zu verwenden. Bei sonstigen Baken mit Beleuchtungen und Betrieb mit Batterien, sind die TL-Baken zu beachten. Es ist jede Batterie auszutauschen, deren Betriebsdauer bis zur nächsten Kontrollfahrt nicht gewährleistet ist.
- (e) Alle Verkehrszeichen müssen das RAL-Gütezeichen tragen sowie der StVO entsprechen.
- (f) Beschilderungsarbeiten sind unter Aufrechterhaltung des Verkehrs auszuführen.



(g) Wird an eine bestehende Beschilderung ein Zusatzschild angebracht, so ist dieses mittels Schellen, Klemmen o.ä. Hilfsmitteln zu befestigen. Auf keinen Fall darf die bestehende Beschilderung angebohrt werden. Weiterhin ist es untersagt, an vorhandenen Tragkonstruktionen der Schilder zu schweißen oder abzutrennen. Beim Außerkraftsetzen der Schilder und für die Montage der Zusatzschilder muss bei der Preisbildung für evtl. anfallende Kosten ein Steiger-Fahrzeug berücksichtigt werden. Ein Außerkraftsetzen der Verkehrszeichen und -tafeln erfolgt durch Abdeckung. Ein Außerkraftsetzen mittels Folienabdeckband wird nicht gestattet.

Verkehrszeichen:

Die Verkehrszeichen sind aus Hartaluminium 2 mm randprofilverstärkt oder 3 mm dick nicht randprofiliert herzustellen.

Für die Verkehrszeichen gelten die „Gütebedingungen der Gütegemeinschaft Verkehrszeichen“. Die Farben müssen den Bestimmungen und Abgrenzungen des Normblattes „Aufsichtsfarben für Verkehrszeichen Farben und Farbgrenzen“ (DIN 6171, Bl. 1) entsprechen. Für die unbeschriftete Rückseite der Verkehrstafeln darf nur Farbton „grau 7003“ nach dem Farbregister RAL 840 R verwendet werden. Außerdem müssen auf der Rückseite folgende Merkmale aufgetragen sein:

- RAL Gütezeichen
- Herstellungsdatum

Für die Beschriftung aller Verkehrszeichen gilt:

- DIN 1451, Teil 2 „Schrift für den Straßenverkehr“

Für alle Schäden und Kosten, die durch Nichteinhaltung der vorstehenden Auflagen sowie der jeweils notwendigen Vorsichts- und Sicherungsmaßnahmen dem AG oder Dritten entstehen, ist der AN allein verantwortlich und haftet in vollem Umfang.

3.1.1. Aufrechterhaltung des Verkehrs

-entfällt-

3.1.2. Verkehrssperrungen, Sperrpausen

Für die Durchführbarkeit der Baumaßnahme muss ein Teilabschnitt der Anliegerstraße Kniebreche vollgesperrt werden.

3.1.3. Verkehrsumleitungen

Diese sind zwingend mit der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen.



3.1.4. Verkehrsbeschränkungen

- entfällt -

3.1.5. Freihalten von Lichtraumprofilen

- entfällt-

3.2. Bauablauf:

Unter Berücksichtigung der in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegten Ausführungsfristen hat der AN dem AG spätestens 21 Kalendertage vor Beginn der Baumaßnahme einen detaillierten Bauzeitenplan zur Prüfung und Freigabe vorzulegen.

Der anbietende Unternehmer erklärt durch seine Unterschrift, dass ihm die örtlichen Verhältnisse einschließlich Transportwege bekannt sind und dass er in der Lage war, aufgrund der Leistungsbeschreibung alle für die Preisbildung in Frage kommenden Umstände zu berücksichtigen und Nachforderungen wegen Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse ausgeschlossen sind.

Sonstige Bedingungen Punkt 1.1

3.2.1. Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Die Abwicklung der Arbeiten ist grundsätzlich Sache des AN.

Der AN ist verpflichtet für die Erbringung der Leistung geeignetes Fachpersonal einzusetzen. Zur Leitung des Vorhabens ist ein qualifizierter, fachkundiger, koordinations- und steuerungserfahrener deutschsprachiger Bauleiter zu bestellen. Der Bauleiter ist dem AG vor Beginn der Arbeiten zu benennen.

3.2.2. Zeitliche Beschränkungen

Die in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ angegebenen Bauzeiten sind bindend. Es ist durch entsprechenden Personal- und Geräteeinsatz sicherzustellen, dass die Bauzeiten eingehalten werden.

3.2.3. Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

- entfällt -

3.3. Wasserhaltung

- entfällt -

3.4. Baubehelfe

Für die Errichtung und Vorhaltung von benötigten Baubehelfen, wie z.B. Einhausungen oder Arbeitsgerüste ist im Leistungsverzeichnis ein Untertitel mit Positiven enthalten.



3.5. Stoffe und Bauteile

Alle Stoffe und Bauteile für die vertragsgerechte Abwicklung der beschriebenen Leistungen sind durch den Auftragnehmer bereitzustellen. Sofern Ihre Vergütung nicht besonders im Leistungsverzeichnis beschrieben ist, sind die Kosten in die Einheitspreise der betreffenden Teilleistungen einzurechnen.

Sofern im LV keine besonderen Stoffe oder Bauteile gefordert sind, dürfen nur Stoffe oder Bauteile verwendet werden, die eine dem jeweiligen Einsatzbereich betreffende Zulassung bzw. ein entsprechendes Prüfzeugnis haben.

Nachweis

Vor dem Einbau der benötigten Stoffe und Bauteile, sind deren Prüfzeugnisse sowie Datenblätter dem AG in Papierform oder elektronischer Form zur Prüfung vorzulegen.

3.5.1. Dammbaustoffe, Hinterfüllungsmaterial

- entfällt -

3.5.2. Mineralstoffe

- entfällt -

3.5.3. Bindemittel

- entfällt-

3.5.4. Anstrichmittel

Stahlspundbohlen

Nach ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 3 Anhang A, Tabelle A 4.3.2 Bauteil-Nr. 2.1.3.1 und TL KOR-Stahlbauten Blatt 100. Die Schlossdichtung nach ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 3 Anhang A, Tabelle A 4.3.2 Bauteil-Nr. 5.3 und TL KOR VVS.

Füllstabgeländer

Nach ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 3 Anhang A, Tabelle A 4.3.2 Bauteil-Nr. 3.1.b.1. und TL KOR-Stahlbauten Blatt 100.

3.5.5. Zusatzmittel, -stoffe

Nach ZTV-ING-Teil 3 Massivbau, Abschnitt 1 Beton, Punkt 4.4 und 4.5

3.5.6. Transportbeton

Nach ZTV-ING-Teil 3 Massivbau, Abschnitt 1 Beton Punkt 7.2

3.5.7. Werksteine

- entfällt -



3.5.8. Fertigteile

- entfällt -

3.5.9. Verwendung gebrauchter Stoffe

Wiederverwendung von Asphalt nach TL-/ZTV Asphalt StB, sowie Asphaltgranulat TL AG-StB, in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung gültigen Fassungen.

3.6. Abfälle

Alle bei der Baumaßnahme anfallenden Abfälle sind vom AN getrennt aufzunehmen, zu sammeln und der Wiederverwertung oder Entsorgung zuzuführen. Die entstehenden Kosten der Wiederverwertung oder Entsorgung sind, wenn nicht anders beschrieben, in die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses miteinzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Wir weisen daraufhin, dass die Ersatzbaustoffverordnung (EBV) seit dem 01. August 2023 in Kraft getreten ist..

Für nicht gefährliche Abfälle ist ein Nachweis über die Entsorgung oder Wiederverwertung vorzulegen. Darin bestätigt der AN durch Unterschrift die Richtigkeit der dort gemachten Angaben zu dem Transport und durch Unterschrift des Entsorgungsbetriebs die Annahme des Abfalls. Auf besondere Anforderung des AG sind jederzeit die entsprechenden Wiegescheine einschließlich der entsprechenden Zusammenstellung vorzulegen. Wenn Wiegescheine vorgelegt werden sollen, müssen sie mindestens den Namen und die Anschrift des Entsorgungsbetriebes sowie das Datum und die Uhrzeit der Wägungen enthalten.

Das Führen der vorgenannten Nachweise ist in die Einheitspreise der betreffenden Teilleistungen einzurechnen.

Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der nicht gefährlichen Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

3.6.1. Gefährliche Abfälle:

- entfällt –

3.6.2. Verantwortlichkeiten

Die Stadt Koblenz ist Abfallerzeuger nach § 3 KrW-/ AbfG für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen. Die rechtliche Verantwortung des Abfallerzeugers als AG der Bauleistung bezieht sich nur auf diese Abfälle.

Der AN wird für diese Abfälle Abfallbesitzer nach § 3 Abs. 6 KrW-/AbfG. Er wird vom AG (Abfallerzeuger) gemäß §16 KrW-/AbfG mit der Erfüllung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.



Das bauausführende Unternehmen ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer nach § 3 Abs. 5 bzw. Abs. 6 KrW-/AbfG für die Abfälle, die es u. a. aus Lieferung, Betrieb und Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt, (z. B. hausmüllähnlichen Gewerbeabfall, Verpackungen von Baumaterial, Betriebs- und Hilfsstoffe, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verbaumaterialien). Diese Abfälle sind vom AN selbständig gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften in einem separaten Stoffstrom zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet.

3.6.3. Sach und Fachkundenachweis

Die Entsorgung der Abfälle hat nur über zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe und zugelassene Transporteure zu erfolgen.

Entsprechende Unterlagen / Dokumente sind dem AG unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch mit dem Entsorgungskonzept zu übergeben. Der AN hat nach Auftragserteilung und vor Baubeginn Nachweise der Fach- und Sachkunde sowie Genehmigungen seines eigenen Betriebes / Personals bzw. seiner Nachunternehmer in Kopie und bei namentlicher Nennung vorzulegen:

1. Abfallverantwortlicher der Baustelle (i. S. d. § 54 KrW-/AbfG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zur Koordinierung des Abfallmanagement des AN sowie der Abwicklung von Nachweisführung und Dokumentation vor Ort wie nachfolgend beschrieben und als Ansprechpartner für den AG in allen Fragen des Abfallmanagement.
2. Projektspezifische Qualifikation, z. B. Gewässerschutzbeauftragter (§21 WHG), Immissionsschutzbeauftragter (BImSchG § 53)etc.
3. Sicherheitskoordinator in kontaminierten Bereichen gemäß BGR 128
4. Sonstige fachspezifische Qualifikationen

3.6.4. Nachweisführung und Dokumentation

Während des gesamten Bauvorhabens ist eine abfallwirtschaftliche Dokumentation zu erstellen, die die Entsorgung von Abfällen lückenlos nachweist.

3.6.5. Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Wenn nicht anders angegeben, sind die Kosten für die beschriebene Leistung sowie die Verwiegung der Abfälle etc. in das Angebot einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

3.7. Winterbau

- entfällt -

3.8. Beweissicherung

Ein Beweissicherungsgutachten von ggf. gefährdeten angrenzenden Grundstücken, Gebäude oder Anlagen wird vom AG in Auftrag gegeben. Eine entsprechende Position ist im Leistungsverzeichnis enthalten. Die Abnahme der Gesamtleistung erfolgt erst nach Vorlage der Unterlagen.



3.8.1. Gebäude und Anlagen

Der Zustand der sich im unmittelbaren Bauwerksbereich befindlichen Gebäude und Anlagen vor Baubeginn durch Protokolle mit Fotos sowie nach Fertigstellung zu dokumentieren. Dies betrifft das Grundstück und das Regenüberlaufbecken des EB 85 sowie das angrenzende Grundstück bzw. das Gebäude auf der Grundstücksgrenze (Arenberger Straße Nr. 20).

3.8.2. Verkehrswege

Der Zustand der sich im unmittelbaren Bauwerksbereich befindlichen Verkehrswege vor Baubeginn durch Protokolle mit Fotos sowie nach Fertigstellung zu dokumentieren.

3.8.3. Gewässer

- entfällt –

3.8.4. Abdrift von Strahlmitteln und Anstrichmaterialien

Alle Einhausungen und Abschirmungen der Arbeitsbereiche auf und vor dem Bauwerk müssen bei der Durchführung von Strahlarbeiten und Beschichtungsarbeiten so ausgeführt werden, dass durch freiwerdende Strahlstäube bzw. Spritznebel keinerlei Beeinträchtigungen der Umwelt und des Verkehrs erfolgt. Eventuell auftretende Mehraufwendungen sind in die entsprechende OZ einzurechnen.

3.9. Sicherungsmaßnahmen

Während der gesamten Bauzeit sind die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen so durchzuführen, dass Umwelt, Personen und öffentlicher Verkehr in keinem Falle gefährdet oder behindert werden.

Die Baustelle ist gemäß den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und der Straßenverkehrsordnung zu sichern. Sämtliche Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie z.B. die Herstellung von Schutzgeländern, Bauzäunen, Absperrungen, Schutzgerüsten, Beleuchtung, Beschilderung usw., sowie die dadurch entstehenden Erschwernisse im Bauablauf gehen, sofern sie nicht als Leistung im Leistungsverzeichnis aufgeführt sind, zu Lasten des AN und sind in die entsprechenden OZ's einzukalkulieren.

Der AN hat sich ausreichend gegen alle vorkommenden Schäden zu versichern, insbesondere gegen Unfall- und Haftpflichtschäden usw. Darüber hinaus haftet der AN für alle Schadenersatzansprüche, die durch die Bauarbeiten hervorgerufen werden.

3.10. Belastungsannahmen

Siehe dazu in der zu den Ausschreibungsunterlagen beigefügten statische Vorberechnung Anlage 9 in der Entwurfsplanung.



3.11. Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Vermessung:

Vor Beginn der Bauarbeiten werden dem AN Höhenfestpunkte und Polygonpunkte vom AG übergeben. Zusätzlich werden die Hauptachsen und die Grenzen des Geländes, das dem AN zur Verfügung gestellt wird, vom AG abgesteckt.

Die Vermessungspunkte sind vom AN im Einvernehmen mit dem AG vor Ausführung weiterer Vermessungsarbeiten durch geeignete Maßnahmen innerhalb und / oder außerhalb des Baubereiches so zu sichern, dass sie horizontal und vertikal unveränderlich sind. Von der Übergabe an, ist der Auftragnehmer für die Einhaltung dieser Punkte verantwortlich.

Bei Beschädigung muss er diese auf seine Kosten wiederherstellen lassen. Die Herstellung aller für die weitere Absteckung erforderlichen Pläne sowie die Vermessungsarbeiten zur Absteckung aller Einzelpunkte und die fortlaufende Bestandserfassung während der Bauausführung (als Grundlage für die Bestandspläne) sind Aufgabe des AN.

Die vertragsmäßige Herstellung ist in den einzelnen Bauzuständen fortlaufend vom AN nach Lage und Höhe zu überprüfen. Der AN trägt für die richtige Lage und Höhe der einzelnen Bauwerksteile die alleinige Verantwortung. Hiervon wird er auch durch Kontrollmessungen des AG während der Baudurchführung nicht befreit. Alle festgestellten Planungsunstimmigkeiten sind sofort in der Absteckungs- und Bauvorbereitungsphase, noch vor der Ausführung der Bauleitung des AG zwecks Prüfung mitzuteilen.

Bei Übergang auf bestehende Straßen und bei Anschluss an bestehende Bauwerke ist eine

sorgfältige Überprüfung der Planunterlagen auf Übereinstimmung mit den örtlichen Gegebenheiten vor Beginn der Bauarbeiten vorzunehmen.

Vermessungsleistung von Seiten des AN zu abrechnungszwecken bedürfen der vorherigen Absprache und Freigabe mit dem AG. Generell müssen die daraus resultierenden Unterlagen (Berechnungstabellen und Pläne) so aufgearbeitet sein, dass diese vom AG nachvollzogen werden können und prüfbar sind.

Die Kosten für sämtliche v.g. Punkte sind in die Baustelleneinrichtung einzurechnen und

werden nicht gesondert vergütet, sofern hierzu im LV keine gesonderten Positionen vorhanden sind.

Aufmaß:

Aufgemessen wird, sofern in den einzelnen Leistungspositionen nichts Gegenteiliges beschrieben wird, nach den gültigen Vorschriften. Aufmaße zwecks Rechnungsstellung auch für Teilleistungen werden nur gemeinsam mit dem AG durchgeführt. Siehe dazu in Punkt 5.2 „Abrechnungsvereinbarung Tiefbauamt Stadt Koblenz Abteilung Brückenbau“.



3.11.1. **Lieferscheinnachweis, Wiegeschein**

Alle eingebauten und vom AN gelieferten Stoffe, sind durch Originallieferscheine nachzuweisen.

Generell verbleiben sämtliche Originallieferscheine beim AG und die Durchschläge oder Kopien beim AN.

Die Lieferscheine müssen die Baustellenbezeichnung und die Unterschrift des Empfängers auf der Baustelle enthalten.

Des Weiteren sind die Lieferscheine einfach (Original) sowie eine dazugehörige Lieferscheindokumentation (Positionsweise mit Lieferschein-Nr. und Menge) der örtlichen Bauüberwachung unmittelbar nach Ausführung der Leistung zu übergeben.

3.12. **Prüfungen**

Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner Eigenüberwachung eine mängelfreie Ausführung der Konstruktion sicherzustellen. Alle erforderlichen Prüfungen werden nach jeweils gültigen und zutreffenden Vorschriften sowie Richtlinien durchgeführt.

3.12.1. **Eignungsprüfungen**

Sie dienen dem Nachweis der Eignung von Baustoffen und Stoffsystemen entsprechend den Anforderungen der Leistungsbeschreibung. Es werden nur Prüfzeugnisse von zugelassenen Materialprüfanstalten anerkannt. Es gelten die Feststellungen in den zutreffenden technischen Vorschriften.

Die für die auf der Baustelle durchzuführenden Prüfungen erforderlichen Geräte müssen ständig einsatzbereit auf der Baustelle vorhanden sein.

3.12.2. **Eigenüberwachungsprüfungen**

Der AN wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die für alle zum Einsatz vorgesehenen Baustoffe wie z.B. Betone, Asphalte erforderlichen Eignungsprüfungen auch unter Beachtung der jeweiligen Gültigkeitsdauer zeitlich mit dem Lieferanten abzustimmen sind.

Unaufgefordert sind dem AG alle Eignungsprüfungen rechtzeitig zur Zustimmung vorzulegen.

Die Kosten der Eigenüberwachung trägt der AN und sind in die entsprechende OZ einzurechnen.

3.12.3. **Kontrollprüfungen**

Der Auftraggeber behält sich vor, bei allen Leistungen Kontrollprüfungen durchzuführen. Hierdurch evtl. entstehende Behinderungen des Bauablaufes berechtigen nicht zu Nachforderungen. Die hierfür erforderlichen Proben mit den dazugehörigen Verpackungen sind dem AG kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören auch die Rückstellproben.

3.12.4. **Muster für Bauteile**

- entfällt -



3.12.5. Güteprüfung von Pflanzen und Pflanzenteile (Landschaftsbau)

- entfällt -

3.12.6. Düngemittel und chemische Mittel (Landschaftsbau)

- entfällt -

3.12.7. Saatgutproben (Landschaftsbau)

- entfällt -

3.13. Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des SiGe-Plan

- entfällt -

4. Ausführungsunterlagen

4.1. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlagen

4.1.1. Pläne (Lage-, Höhen-, Querschnitts-, Detailpläne)

- Übersichtsplan als Anlage Nr. 02
- Bauwerksplan STW Kniebreche als Anlage Nr. 03
- Neuer Standort Container Kniebreche als Anlage Nr. 08
- Vorlage der Umleitungsstrecke Sanierung STW Kniebreche als Anlage Nr. 09

4.1.2. Aufmaße u. Mengenermittlungen von Vorunternehmerleistungen

- entfällt -

4.1.3. Berechnungen (z.B. Erdmengenbilanz)

- Statische Vorberechnungen sind als Anlage Nr. 04 in der Entwurfsplanung Spundbohlenverbau mit Betonkappe als Dauerkonstruktion aus 2025 enthalten.

4.1.4. Gutachten

- Befundbericht der Asphaltschichten als Anlage Nr. 07 Nr. 6-81/81/1947/25 von der MPVA aus Neuwied.
- Zustandsbericht nach DIN 1076 Stützwand RRB Kniebreche als Anlage Nr. 1
- Erkundung Baugrundverhältnisse u. Bauwerkssubstanz vom 30.10.2015 als Anlage Nr. 05
- Erweiterung zur geotechnischen Machbarkeitsstudie vom 04.11.2021 als Anlage Nr. 06



4.1.5. **Ergebnisse von Modellversuchen** (Brückenbau)

- entfällt -

4.1.6. **Pflanzpläne** (Landschaftsbau)

- entfällt -

4.1.7. **Pflanzlisten** (Landschaftsbau)

- entfällt -

4.1.8. **Oberbodenlagerpläne** (Landschaftsbau)

- entfällt -

4.2. Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

4.2.1. **Erläuterung des Bauablaufs, ggf. Einsatz von Spezialmaschinen**

Vor Baubeginn sind die wesentlichen Schritte des geplanten Bauablaufs und der Einsatz ggf. erforderlicher Spezialgeräte vom AN ist im Bauzeitenplan zu erläutern und dem AG spätestens 21 Kalendertage vor Beginn der Baumaßnahme einen detaillierten Bauzeitenplan zur Prüfung und Freigabe vorzulegen

4.2.2. **Baustelleneinrichtungsplan**

- entfällt -

4.2.3. **Bauzeitenplan**

Unter Berücksichtigung der in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ angegebenen Ausführungsfristen hat der AN einen detaillierten Bauzeitenplan dem AG spätestens 21 Kalendertage zur Prüfung und Freigabe vor Beginn der Arbeiten vorzulegen.

4.2.4. **Zahlungsplan**

- entfällt -

4.2.5. **Ausführungspläne, Vermessungspläne**

Sind durch den AN anzufertigen sowie zur Prüfung und Freigabe dem AG zu übergeben.

4.2.6. **Transportpläne**

- entfällt -



4.2.7. Bestandspläne

- entfällt -

4.2.8. Dokumentationsaufnahmen

- entfällt -

4.2.9. Standsicherungsnachweis (Brückenbau)

Der Standsicherungsnachweis ist durch den AN vor Baubeginn anzufertigen sowie zur Prüfung und Freigabe dem AG zu übergeben. Die vom AG beauftragte Prüfstatik wird dem AN in digitaler Form übergeben.

4.2.10. Modellversuche (Brückenbau)

- entfällt -

4.2.11. Brückenbuch (Brückenbau)

- entfällt -

5. Abrechnung, Rechnungslegung

5.1. Angaben zur Abrechnung

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dem AG mit Beauftragung des jeweiligen Bieters die zur Preisbildung des vorgelegten Angebotes entsprechende Urkalkulation in einem geschlossenen und versiegelten Umschlag mit einer Frist von 7 Tagen nach Auftragsvergabe anfordern wird. Die Öffnung des Umschlages und die Einsicht der Urkalkulation durch den AG kann nur durch die schriftliche Einwilligung des AN vorgenommen werden.

Zuschläge zu den Lohnkosten und Gehaltsnebenkosten, z.B. für erforderlich werdende Überstunden außerhalb der regulären Arbeitszeit, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Ausfall- und/oder Wiederholschichten sowie Mehraufwendungen für Arbeiten unter erschwerten Bedingungen werden nicht gesondert vergütet, wenn diese dem AG vor Beginn oder im Laufe der Baumaßnahme nicht schriftlich als Nachtrag angezeigt werden.

Sonstige Nebenkosten (z.B. PKW, Telefon, Funkgeräte, etc.) sind in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

5.2. Unterlagen für die Rechnungslegung

Abschlagsrechnungen können nach dokumentiertem Fortschritt gestellt werden.

Jede Abschlagsrechnung ist so aufzustellen, dass die enthaltenen Vordersätze (Mengen) prüffähig belegt sind und alle nachfolgenden Abschlagsrechnungen darauf aufbauen. Unvollständige Abschlagsrechnungen werden zurückgewiesen.

Die Nachfolgenden Punkte der Abrechnungsvereinbarung gelten als vereinbart:



- Für vereinbarte Stundenlohnarbeiten und Tagespauschalen (d) müssen dem AG täglich, die Stundenlohnberichte (Tagesberichte) mit Materialangaben/-verbrauch vorgelegt werden, spätestens am folgenden Arbeitstag.
- Für jede Leistungsposition ist ein gesondertes Aufmaßblatt zu verwenden.
- Aufmaße sind vom AN nachvollziehbar aufzustellen und möglichst durch Anlagen (Feldaufmaße, Skizzen, Pläne, Lieferscheine etc.) zu ergänzen.
- Anlagen müssen auf dem Aufmaßblatt kenntlich gemacht und an das Aufmaßblatt angeheftet werden.
- Termine für die Erstellung von Feldaufmaßen sind rechtzeitig vom AN zu beantragen.
- Feldaufmaße sind gemeinsam von AN und AG vor Ort zu erstellen und unmittelbar von beiden gegenzuzeichnen.
- Werden auf einem Feldaufmaß mehrere Positionen festgehalten, ist das Feldaufmaß-Blatt als Kopie an die einzelnen Positionen anzuhängen und die zur Position gehörenden Maße gesondert hervorzuheben
- Die Originale aller Aufmaßunterlagen verbleiben beim AG.
- Bei der Abrechnung nach Plan ist an das Aufmaßblatt ein Planausschnitt anzuhängen, in dem die für die jeweilige Position relevanten Maße hervorzuheben sind. D.h. alle in iTWO aufgelisteten Maße sind in einem separaten Abrechnungsplan nachvollziehbar darzustellen.
- Pauschalpositionen werden mit 1,0 auf einem Aufmaßblatt festgehalten. Je Abschlagrechnung wird ein jeweiliger Faktor nach Leistungsstand vom AG anerkannt.
- Im Abrechnungsprogramm iTWO sind die Adresszeilen A-Z / 5-9 ausschließlich für Korrekturen bzw. Kommentare des AG reserviert. Korrekturen werden vom AG ausschließlich in diesen für Ihn reservierten Zeilen vorgenommen.
- A-Z / 0-4 sind für den AN und werden vom AG nicht korrigiert.
- Bereits beschriebene Zeilen sind unantastbar, da die Änderungen nicht eingelesen werden. (Es wird nur der Zuwachs der jeweiligen AR eingelesen)
- Der AG gibt bei der Abrechnung keine Hilfswerte (H). Nicht anerkannte Massen werden in einer angehängten Zeile vom AG mit einem Minuswert auf Null gesetzt.
- Nachträge sind durch die Ordnungszahl „90“ zu kennzeichnen. Anschließend ist mit der jeweiligen Nachtragsnummer chronologisch fortzufahren. BSP.: 90.5.0070: Nachtrag Nr. 5 mit der siebten Nachtragspositionsnummer 0070
- Leistungspositionen, die durch fehlende Feldaufmaße, Abrechnungspläne oder sonstige Anlagen nicht prüffähig sind, werden vom AG nicht anerkannt.
- Treten beim Erstellen der Abrechnungsunterlagen Unklarheiten auf, sind diese vor dem Anfertigen der Unterlagen mit dem AG abzustimmen.



6. Zusätzliche Vertragsbedingungen sowie zusätzliche technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen

Die Vertragsbedingungen der VOB / B sowie VOB /C gelten nach Auftragsvergabe in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen Fassung als grundsätzlich vereinbart.

6.1. Zusätzlich Technische Vertragsbedingungen

Die nachfolgend aufgeführten technischen Regelwerke gelten nach Auftragsvergabe in ihrer aktuell gültigen Fassung als vereinbart.

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> ZTVE-STB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau
Ausgabe 2009, (ZTVE-STB 09), FGSV |
| <input type="checkbox"/> ZTVEw-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau
Ausgabe 1991 (ZTVEw-StB 91) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV Beton-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Beton
Ausgabe 2007 (ZTV Beton-StB 07) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV Asphalt-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt, Ausgabe 2007 mit den Änderungen und Ergänzungen gemäß Anlage 1 zum ARS 29/2010 sowie den Änderungen und Ergänzungen zum ARS 11/2012
Ausgabe 2013 (ZTV Asphalt-StB 07) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV BEA-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen mit den Änderungen und Ergänzungen gemäß ARS 3/2011
Ausgabe 2009 (ZTV BEA-StB 09) FGSV |
| <input type="checkbox"/> ZTV SoB-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel |



Ausgabe 2004 / Fassung 2007 (ZTV SoB-StB 04) Fassung
2007, FGSV

- ☐ **ZTV BEB-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen – Betonbauweisen**
Ausgabe 2002 (ZTV BEB-StB 02) FGSV

- ☒ **ZTV FUG-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen**
Ausgabe 2001 (ZTV Fug-StB 01) FGSV

- ☐ **ZTV Pflaster-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen**
Ausgabe 2006 (ZTV Pflaster StB 06) FGSV

- ☐ **ZTVA-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen**
Ausgabe 2012 (ZTVA-STB 12) FGSV

- ☐ **ZTV LW-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege**
Ausgabe 1999 / Fassung 2001 mit den Änderungen und Ergänzungen Ausgabe 2007 (ZTV LW-StB 99 / 01) FGSV

- ☐ **ZTV La-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau**
Ausgabe 2005 (ZTV La-StB 05) FGSV

- ☐ **ZTV Baum-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflegearbeiten im Straßenbau**
Ausgabe 2004 (ZTV Baum-StB 04) FLL

- ☐ **ZTV Großbaum- Verpflanzung-StB** **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für das Verpflanzen von Großbäumen und Großsträuchern**



Ausgabe 1995 (ZTV Goßbaumverpflanzung-StB 95) FLL

- | | |
|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV-ING | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten
Ausgabe 02/2025 (ZTV-ING) VkbI-Verlag |
| <input type="checkbox"/> ZTV-LSW | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Ausführung von Lärmschutzwänden an Straßen
Ausgabe 2006 (ZTV Lsw 06) FGSV |
| <input type="checkbox"/> ZTV-FLN | Zusätzliche Technische Vorschriften der Deutschen Bundespost (DBP) für Bauleistungen am Fernmeldeleitzungsnetz (ZTV-FLN)
Teil 1: Auslegen von Erdkabeln Ausgabe 1985 FTZ |
| <input type="checkbox"/> ZTV M-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen
Ausgabe 2002 (ZTV M-StB 02) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV SA-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen
Ausgabe 1997 (ZTV SA-StB 97) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV PS-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen
Ausgabe 1998 (ZTV PS-StB 98) FGSV |
| <input checked="" type="checkbox"/> ZTV Verm-StB | Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau
Ausgabe 2001 (ZTV Verm-StB 01) FGSV |



6.1.1. Auswahl geltender Technischer Lieferbedingungen

Alle folgend aufgeführten Technischen Lieferbedingungen gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung, zum Datum des Vertragschlusses, als vereinbart.

TL BuB E – StB	Technische Lieferbedingungen für Böden und Baustoffe im Erdbau des Straßenbaus
TL GeoK E-StB	Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaues
TL Gestein-StB	Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau
TL SoB-StB	Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel
TL Fug-StB	Technische Lieferbedingungen für Fugenfüllstoffe in Verkehrsflächen, Ausgabe 2001
TL Asphalt-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen mit den Änderungen und Ergänzungen gemäß Anlage 1 zum ARS 29/2010
TLG Asphalt-DSK-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphalt im Straßenbau Teil: Güteüberwachung Teil: Mischgut für dünne Schichten im Kalteinbau
TLG Asphalt-OB-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphalt im Straßenbau Teil: Güteüberwachung Teil: Ausführung von Oberflächenbehandlungen



TL AG-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphaltgranulat
TL Bitumen-StB	Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen,
TL BE-StB	Technische Lieferbedingungen für Bitumenemulsionen
TL Pflaster StB	Technische Lieferbedingungen für Bauprodukte zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen
TL Beton-StB	Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton

6.1.2. Bezugsquellen

<i>FGSV:</i>	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. Konrad - Adenauer - Straße 13, 50996 Köln
<i>VkBI-Verlag :</i>	Verkehrsblatt – Verlag Hohe Straße 39, 44139 Dortmund
<i>WSV:</i>	Drucksachenstelle bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte Postfach 6307, 30063 Hannover
<i>FLL:</i>	Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. Colmantstraße 32, 53115 Bonn
<i>FTZ :</i>	Fernmeldetechnisches Zentralamt, Sonderstelle D 43-DrV, Postfach 10 00 03, 64276 Darmstadt

7. Hinweise zum Datenschutz

Die bei der Abwicklung des Vertragsverhältnisses anfallenden Daten werden bei der Stadtverwaltung Koblenz mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung (EDV) im Rahmen der Zweckbestimmung des Vertrages gespeichert.